

Solidarität ist nur wirklich, wenn sie konkret ist

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, der 1976 70 Jahre alt geworden ist, war von 1950 bis 1972 Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. Prof. Abendroth wurde 1937 von den Nazis wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

„Vorwärts, und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, vorwärts, und nicht vergessen die Solidarität!“

Als Bert Brecht in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland zum Sieg des Faschismus geführt hat, das beste und wichtigste Lied für den Film „Kuhle Wampe“ schrieb, war die Solidarität der abhängig Arbeitenden gegen die Kapitalisten, die ihre Organisationen zertrümmern und ihre demokratischen Rechte vernichten wollten und gegen die Regierungen des Reichs und der Länder, die diesen Kapitalisten ein Zugeständnis nach dem anderen machten, immer wieder bedroht. Sie war doppelt gefährdet: Vielen von denen, die noch in den Arbeitsstellen Beschäftigung hatten, war der Mut zur Solidarität mit ihren arbeitslosen Klassengenossen aus Angst um den Arbeitsplatz abhanden gekommen. Die politische Spaltung der Arbeiterbewegung, das Gegeneinander von Sozialdemokraten und Kommunisten, hatte nicht nur bei den Führern, sondern auch in den Massen allzu häufig die Einsicht zerstört, daß es nur durch gemeinsamen Kampf möglich war, den Sieg des Faschismus und seine barbarischen Konsequenzen abzuwenden. Aber noch war wenigstens das abstrakte und verbale Bekenntnis zum Begriff der Solidarität für die große Mehrheit der Arbeiter selbstverständlich; gleichgültig, ob sie sich den Freien

Gewerkschaften oder ob sie sich der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) verpflichtet fühlten; und auch wer christlich organisiert war, wußte theoretisch - selbst wenn er die Klassenanalyse nicht akzeptierte, die den Sinn dieses Wortes nach Meinung der Mehrheit der abhängig Beschäftigten bestimmte -, daß Solidarität die Voraussetzung der Verteidigung (und erst recht der Erweiterung) seiner Rechte gegenüber den Unternehmern war. Jedoch - Solidarität ist nur wirklich, wenn sie konkret ist. Sie ist nur konkret, wenn sie praktisch geübt wird.

Mit wem, gegen wen, für was soll ich solidarisch handeln? Das ist die Frage, auf die es ankommt. Die gemeinsame Verteidigung gegen die Monopolherrscher und den Nationalsozialismus, der gemeinsame Schutz gegen den 30. Januar 1933, gegen die Vernichtung der organisatorischen Basis der Solidarität, der Gewerkschaftsbewegung, sind dann trotz aller abstrakter Überzeugung nicht zustande gekommen. Statt dessen triumphierten der „Unternehmer“ als „Führer des Betriebes“, die „Volksgemeinschaft“, das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ und am Ende der Mord und der Krieg.

Gewiß, den Kadern der alten Arbeiterbewegung, die für lange Jahre die einzigen waren, die sich nicht in dieser oder jener Form an die Ideologie des Dritten Reiches „angepaßt“ haben, wurde dann über die abstrakte Theorie der Solidarität, die ihnen selbstverständlich war, hinaus in der Situation akuter Verfolgung auch die praktische Solidarität wieder beigebracht, weil sie überleben wollten: Der Gestapo gegenübergestellt, in den Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern und am Ende in den „Bewährungsbataillonen“ lernten sie - zu spät -, daß Meinungsunterschiede in noch so vielen Fragen kein Hindernis für unbedingtes Zusammenstehen, für solidarische gegenseitige Hilfe gegen die „Führer der Betriebe“, gegen die Nationalsozialisten und ihre Staatsgewalt, gegen die Vernichtung aller demokratischen Rechte sein dürfen. Aber es waren eben zunächst nur restliche Kader einer geschlagenen Bewegung, die das aus ihrer tagtäglichen Praxis erfuhren, nicht (oder besser: noch nicht wieder) die Massen. Was Wunder, daß - als sie durch die Massenmorde an „eroberten“ ausländischen (und „rassenfremden“ inländischen) Bevölkerungsgruppen und den Ausgang des Zweiten Weltkrieges am Ende erfuhren, was die „Umdeutung“ der Solidarität zur „Volksgemeinschaft“ (natürlich geleitet durch „Führer“ in Wirtschaft und Staat) für Konsequenzen hatte — sie zwar zunächst halb verstanden, daß doch dieser alte Begriff der Solidarität noch seine Bedeutung für sie behalten hatte, ihnen aber gleichwohl dies Verständnis weitgehend nur äußerlich blieb. In den beiden Jahrzehnten des „Wirtschaftswunders“ haben sie, weil ihnen ihr Anteil am ökonomischen Aufstieg von den (noch immer) Herren des wirtschaftlichen Prozesses zwar keineswegs freiwillig, sondern unter dem Druck der Gewerkschaftsbewegung, aber ohne allzu große und langwierige Arbeitskämpfe der Massen selbst zugestanden wurde, diese zunächst nur äußerlich und kurzfristig wiedergewonnene Einsicht noch nicht allzusehr vertiefen können, so daß wir nun — in einer krisen-

durchsetzten Stagnationsperiode — abermals vor der Frage stehen, ob sie sie rechtzeitig in ihre Praxis bestimmende Erkenntnis umwandeln werden.

Denn Solidaritätsbewußtsein entsteht zwar immer wieder, seit der industrielle Kapitalismus seinen Aufstieg begonnen hat, aus der täglichen Erfahrung der abhängig arbeitenden Klasse. Ohne Solidaritätsbewußtsein hätte es keine Gewerkschaftsbewegung und also auch keinen materiellen Aufstieg der abhängig Arbeitenden gegeben. Aber ihm steht immer wieder das Gesamtbewußtsein dieser Gesellschaft entgegen, das von seiner herrschenden Klasse und deren Existenzbedingungen bestimmt ist. Denn das herrschende Bewußtsein, daß die Sozialisationsbedingungen aller ihrer Individuen zunächst bestimmt, ist in jeder Klassengesellschaft das Bewußtsein ihrer herrschenden Klasse. Solange also der sozioökonomische Prozeß durch den Profit gesteuert wird, ist dieses Grundbewußtsein nicht die Solidarität, sondern die Konkurrenz, der Aufstiegs-wille gegenüber den anderen, nicht aber die gegenseitige Hilfe, nicht die selbstverständliche Anerkennung der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit aller Glieder der Gesellschaft. Darum ist der Wille zur Solidarität zwar für die abhängig Arbeitenden (und auch für die Zukunft der Gesellschaft) lebensnotwendig, aber immer wieder bedroht. Deshalb ist der Wille zur Solidarität zwar in jenen Ländern, in denen die Kontinuität der Gewerkschaftsbewegung ohne lange Katastrophenperioden erhalten werden konnte, relativ stark, nicht aber in der Bundesrepublik Deutschland, in der die Erfahrungen langer Jahrzehnte des Aufstiegs der Arbeiterbewegung zwölf Jahre lang weitgehend ausgelöscht zu sein schienen.

Solidarität, das heißt *zunächst einmal* gemeinsames Einstehen aller Kollegen der abhängig arbeitenden Klasse für die materiellen Lebensinteressen eines jeden von ihnen gegenüber denjenigen, die ihre Arbeitskraft kaufen (und natürlich möglichst billig kaufen wollen). Solidarität, das heißt *zweitens* gemeinsamer Kampf für sozialpolitische Rechte, die der Staat und öffentlich-rechtlich organisierte Körperschaften und Anstalten gewährleisten müssen. Solidarität, das heißt *drittens* gemeinsamer Einsatz für das Recht auf Bildung (und Berufsausbildung) für jeden - und deshalb auch für das Maß an Freizeit, das für Orientierung, Bildung und Erholung eines jeden erforderlich ist. Solidarität, das bedeutet *viertens* die Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte in Staat und Gesellschaft, um die demokratische Struktur der Staatsgewalt zu erhalten, mit deren Hilfe allein einst die demokratische Umstrukturierung der Ökonomie durchgesetzt werden kann.

Solidarität muß also - ohne Beeinträchtigung durch alle Meinungs-differenzen innerhalb der abhängig arbeitenden Klasse, die es geben muß und geben soll, um in stetiger Diskussion deren Einsichtsvermögen weiterzuentwickeln — stets vor allem denen gewährt werden, die am stärksten bedroht sind: den Gastarbeitern, deren Lage die Arbeitgeber stets auszunutzen trachten; den Rentnern, deren materielle Lage und deren Rechte die besitzenden Klassen in jeder Krisenperiode gemindert

sehen wollen, weil sie sich am wenigsten zu wehren vermögen; den Jugendlichen, die noch nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind und die künftig — wie einst in der großen Weltwirtschaftskrise - in eine verzweifelte, jederzeit für jedes Abenteuer verfügbare soziale Gruppe verwandelt zu werden drohen; den Arbeitslosen, die - aus dem wirtschaftlichen Prozeß ausgeschaltet — wie einst zum großen Teil wenig Hoffnung haben, wieder eingegliedert zu werden; dem Teil der jugendlichen Arbeiter und Angestellten, der zwar im Arbeitsprozeß steht, dem aber selbst in relativ fortschrittlich verwalteten Ländern wie in Hessen wichtige Rechte aus dem Berufsausbildungsgesetz vorenthalten werden; den jungen Hochschulabsolventen, die nach den Examina keine berufliche Verwendung finden, weil der gleiche Staat, der tausende Unterrichtsstunden wegen nicht genügender Zahl der amtierenden Lehrer ausfallen läßt, aus Ersparnisgründen keine Lehrer einstellen will; denjenigen, die - weil ihre politischen Auffassungen den Behörden nicht passen — verfassungswidrige Berufsverbote erhalten; nicht zuletzt aber auch denen, gegen die politische Geheimdienste mit Billigung der Bundesregierung groben Verfassungsbruch betreiben. In allen diesen Fällen Solidarität gewähren heißt gleichzeitig, sich selbst Solidarität gewähren; die Gefahr, die heute den einen bedroht, trifft morgen den anderen, wenn sie nicht abgewehrt wird.

Gewiß ist also Solidarität in der tariflichen Auseinandersetzung wichtig und bleibt sie die Basis, aus der Solidaritätsbewußtsein in den Massen und damit die Möglichkeit gewerkschaftlicher Machtstellung entsteht. Aber diese Form der Solidarität genügt nicht. Wollen wir die Chance demokratischer und humanitärer Weiterentwicklung der Gesellschaft gegen die Machtstellungen privilegierter Klassen und Schichten bewahren, wollen wir die Demokratie schützen, muß Solidarität weitergreifen. Von der Hoffnung, dies Solidaritätsbewußtsein den Massen der abhängig Arbeitenden wieder vermitteln zu können, hängt in der Stagnationsperiode, in der wir stehen, möglicherweise unser aller Existenz ab. Die bitteren Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1929/30 schrecken; sie sollten nicht vergessen werden.